

**Sperrfrist: 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

**PRESSESTATEMENT**

von

**Dr. Holger Bingmann**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

**Außenhandel -  
wachsender Druck auf das Erfolgsmodell von außen und innen**  
**- Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels -**

**Berlin, 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Meine Damen und Herren,

reden wir nicht drum herum und kommen wir gleich zur Sache: Das ständige Foul-Spiel der US-Administration unter Präsident Trump hat die international ausgerichtete deutsche Wirtschaft kalt erwischt. Auf breiter Front verlieren Weltwirtschaft und Welthandel an Kraft. Der völlig unnötige und sinnlose Einstieg in eine weitere Eskalationsspirale nach dem WTO-Urteil im Streit um Airbus-Subventionen erst vor einigen Tagen ist einmal mehr ernüchternd und unterstreicht, dass mit einer baldigen Besserung nicht zu rechnen ist. Hinzu kommt innerhalb Europas insbesondere auch noch die lähmende Wirkung des sich endlos hinziehenden Brexits, der längerfristige unternehmerische Planungen unmöglich macht. Glücklicherweise gibt es neben diesen schlechten Nachrichten aber auch Positives zu berichten, darauf komme ich später zurück. Doch unterm Strich können wir mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden sein und es fällt die Bilanz im Außenhandel deutlich schlechter aus, als noch zu Jahresbeginn erwartet – oder gehofft.

Die Konsequenz daraus: Wir müssen wohl das laufende Jahr 2019 abschreiben und uns mit einer Schwarzen Null im Export zufriedengeben, wobei dies auch ein Mini-Wachstum von 0,5 Prozent heißen kann. Auch die Importe bleiben von der schwachen Exportentwicklung nicht unberührt und können nach unserer aktuellen Einschätzung im gleichen Zeitraum noch um zwei Prozent zulegen. Eine Besserung der Situation erwarten wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2020.

Meine Damen und Herren,

die derzeit grassierenden Handelskonflikte haben dazu geführt, dass die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Prognose für das Handelswachstum im laufenden Jahr 2019 mehr als halbiert hat: Das Weltwarenhandelsvolumen dürfte demzufolge nur noch um 1,2 Prozent steigen, statt um 2,6 Prozent, wie noch im April erwartet.

Die drohenden – legalen – Strafzölle der EU infolge der ebenfalls anstehenden WTO-Entscheidung zu den illegalen Boeing-Subventionen folgen zwar politischer Logik, machen aber in erster Linie das Leben gegenseitig unnötig schwer. Schließlich schadet das Land, das Zölle erhebt, sich in der Regel selber, am Ende zahlt der Konsument die Zeche. Zu befürchten ist auch, dass der handelspolitische

Konflikt mit den USA weiter eskaliert. Damit geraten nun weitere Lieferketten unter Druck, auch zum Schaden von zahlreichen US-Unternehmen.

Mit jeder dieser Maßnahmen wächst der grassierende Protektionismus weiter und wird der freie Zugang zu den Weltmärkten für deutsche Unternehmen immer weniger zur Selbstverständlichkeit. Alleine der Umfang der zwischen Oktober 2018 und Mai 2019 eingeführten handelsbeschränkenden Maßnahmen wird von der WTO auf 339,5 Mrd. US-Dollar geschätzt, nach 588,3 Mrd. US-Dollar im vorangegangenen Zeitraum – ein noch nie dagewesener Anstieg protektionistischer Maßnahmen!

Auch die scheinbar endlose Hängepartie um den Brexit wirft längst ihre Schatten voraus. Seit dem Referendum gibt es einen drastischen Rückgang im Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich. So sank der Export nach Großbritannien im ersten Halbjahr um weitere 4,2 Prozent. Auch die Importe vom VK gingen um 5,6 Prozent zurück. Das wahre Schadensausmaß dürfte noch deutlich größer sein und sich erst in einigen Monaten beziffern lassen, da viele Unternehmen in Großbritannien ihre Lager aufgefüllt haben, um Unterbrechungen der Lieferkette vorzubeugen.

Ein harter Brexit, der immer wahrscheinlicher wird, hätte katastrophale Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel. Die Unternehmen erwarten ab November 2019 immense Mehrkosten im Bereich Zoll und bei der Bewältigung von Bürokratie in den Bereichen Logistik, Transport, Datenschutz und Steuern.

Meine Damen und Herren,

gerade in der aktuellen weltpolitischen Situation brauchen wir ein starkes Europa. Die neue Kommission sowie das neue EU-Parlament müssen dringend liefern und als eine Einheit handeln.

Wir haben in diesem Zusammenhang hohe Erwartungen an Phil Hogan, der als Handelskommissar künftig dem Kabinett der neuen EU-Kommissionspräsidentin angehören soll, und verbinden das mit der Hoffnung, dass er das notwendige Fingerspitzengefühl haben wird, um die aktuellen Handelskonflikte der EU zu deeskalieren. Zudem müssen der Abschluss neuer, moderner Handelsabkommen und die Reform der WTO Priorität haben.

Zugleich muss Deutschland seine Alleingänge unterlassen, in denen der deutschen Wirtschaft gegenüber den europäischen Partnern Wettbewerbsnachteile aufgebürdet werden. Wir brauchen dringend einen Abbau unnötiger und lähmender Bürokratie. Die sogenannte A1-Bescheinigung ist dafür ein Paradebeispiel.

Unter diesem wachsenden Druck ist der deutsche Außenhandel dringend auf neue Impulse angewiesen. Ein wichtiges Signal wäre in diesem Zusammenhang die Ratifizierung von CETA. Das Abkommen wird schon seit zwei Jahren vorläufig angewandt und ist bereits ein großer Erfolg: Der bilaterale Güterhandel betrug 2018 mehr als 72 Milliarden Euro, das bedeutet einen Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zu den drei Vorjahren.

CETA ist einer der umfassendsten und ambitioniertesten Freihandelsverträge, den die EU bisher verhandelt hat. In Übereinstimmung mit den Regeln der WTO wird im Wesentlichen der gesamte Handel liberalisiert, unter Einbeziehung ehrgeiziger Nachhaltigkeitsziele. Wir appellieren daher an Union und SPD, ihren im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verpflichtungen endlich nachzukommen und die Ratifizierung jetzt zügig vorantreiben.

Auch das Assoziierungsabkommen der EU mit dem Mercosur-Staatenbund hat einen hohen Stellenwert für den deutschen Außenhandel. Nach 20 schwierigen Verhandlungsjahren ist es gelungen, sich auf ein modernes und ausgewogenes Abkommen mit den südamerikanischen Partnerländern zu einigen. Die EU ist die erste Region weltweit, der das gelungen ist. Ein Wirtschaftsraum mit über 260 Millionen Konsumenten bedeutet einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil für die fast 13.000 deutschen Unternehmen, die schon jetzt dorthin exportieren. Davon sind 72 Prozent kleine und mittlere Unternehmen, die besonders von der Öffnung eines der bisher am meisten abgeschotteten Märkte profitieren würden.

Meine Damen und Herren,

die wenigen Chancen, die sich uns derzeit bieten, dürfen nicht leichtfertig verspielt werden. Das zielt insbesondere auf die überzogene Kritik, mit der zurzeit versucht wird, das Mercosur-Abkommen zu diskreditieren. Der behauptete Zusammenhang zwischen einem Handelsabkommen, das frühestens in einigen Jahren angewandt werden kann, und den aktuellen Bränden im Amazonasgebiet, entbehrt jeglicher Substanz. Ohne das Assoziierungsabkommen wird kein einziger Baum weniger gerodet werden. Vielmehr wird der Handelsvertrag ein umfangreiches Nachhaltigkeitskapitel beinhalten, mit dem man über einen weiteren Hebel verfügen wird, um Länder wie Brasilien an internationale Abkommen wie das Pariser Klimaschutzabkommen und die ILO-Konventionen zu binden.

Die Aussicht auf das Handelsabkommen mit der EU war im Übrigen ein wesentlicher Beweggrund für Brasilien, überhaupt Teil des Pariser Klimaschutzabkommens zu werden und es bislang nicht zu verlassen.

Nutznießler eines Misserfolgs des Mercosur-Abkommens wäre vor allem China, das in der Vergangenheit seine Position in Brasilien sukzessive ausgebaut hat. Brasilien bezieht schon jetzt doppelt so viele Waren aus China wie aus der gesamten EU und erhält weit über doppelt so viele Güter aus Brasilien wie von dort in die EU exportiert werden.

Zu China heute nur so viel: Ähnlich sorgenvoll wie in Richtung USA, obwohl unsere Exporte dorthin im ersten Halbjahr um 4,3 Prozent gestiegen sind, schauen wir auch nach China, trotz eines Anstiegs um 4,3 Prozent. In dem einen Fall sind es beispiellose Drohungen und Strafzölle, im Falle Chinas die erzwungene Beteiligung heimischer Partner, das Absaugen von Know-how oder die künftige stärkere Überwachung ausländischer Firmen mittels Sozialpunkten, was uns Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Zurück zum Thema: Klimaschutz und freier Handel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Auf dem freien Handel basiert schließlich unser Wohlstand, der notwendig ist, um die Wirtschaft klimafreundlich umzubauen. Es wäre hochgradig kontraproduktiv, wenn aus Umweltschutzerwägungen der weltweit vernetzte Handel Schaden nehmen würde.

Wir warnen daher vor der Einführung eines sogenannten Klimazolls. Er bedeutet nicht nur einen immensen administrativen Aufwand, er birgt auch erhebliches handelspolitisches Konfliktpotential. Sollte die EU eine solche Maßnahme einführen, die Importprodukte verteuert, sind Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten zu erwarten. Entwicklungsländer würden sich besonders benachteiligt fühlen. Im Ergebnis würde der Freihandel zu Lasten der deutschen Wirtschaft weiter geschwächt werden.

Meine Damen und Herren,

für uns ist trotz aller Hiobsbotschaften das Glas immer halbvoll und nicht halbleer. Wir müssen aber auch realistischerweise sagen, dass die konjunkturelle Durststrecke wohl noch eine Weile anhalten wird. Umso wichtiger ist es in der jetzigen Situation, den Rahmen für unternehmerisches Handeln zu stärken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Sperrfrist: 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

**PRESSESTATEMENT**

von

**Dr. Holger Bingmann**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

**Außenhandel -  
wachsender Druck auf das Erfolgsmodell von außen und innen**  
**- Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels -**

**Berlin, 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Meine Damen und Herren,

reden wir nicht drum herum und kommen wir gleich zur Sache: Das ständige Foul-Spiel der US-Administration unter Präsident Trump hat die international ausgerichtete deutsche Wirtschaft kalt erwischt. Auf breiter Front verlieren Weltwirtschaft und Welthandel an Kraft. Der völlig unnötige und sinnlose Einstieg in eine weitere Eskalationsspirale nach dem WTO-Urteil im Streit um Airbus-Subventionen erst vor einigen Tagen ist einmal mehr ernüchternd und unterstreicht, dass mit einer baldigen Besserung nicht zu rechnen ist. Hinzu kommt innerhalb Europas insbesondere auch noch die lähmende Wirkung des sich endlos hinziehenden Brexits, der längerfristige unternehmerische Planungen unmöglich macht. Glücklicherweise gibt es neben diesen schlechten Nachrichten aber auch Positives zu berichten, darauf komme ich später zurück. Doch unterm Strich können wir mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden sein und es fällt die Bilanz im Außenhandel deutlich schlechter aus, als noch zu Jahresbeginn erwartet – oder gehofft.

Die Konsequenz daraus: Wir müssen wohl das laufende Jahr 2019 abschreiben und uns mit einer Schwarzen Null im Export zufriedengeben, wobei dies auch ein Mini-Wachstum von 0,5 Prozent heißen kann. Auch die Importe bleiben von der schwachen Exportentwicklung nicht unberührt und können nach unserer aktuellen Einschätzung im gleichen Zeitraum noch um zwei Prozent zulegen. Eine Besserung der Situation erwarten wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2020.

Meine Damen und Herren,

die derzeit grassierenden Handelskonflikte haben dazu geführt, dass die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Prognose für das Handelswachstum im laufenden Jahr 2019 mehr als halbiert hat: Das Weltwarenhandelsvolumen dürfte demzufolge nur noch um 1,2 Prozent steigen, statt um 2,6 Prozent, wie noch im April erwartet.

Die drohenden – legalen – Strafzölle der EU infolge der ebenfalls anstehenden WTO-Entscheidung zu den illegalen Boeing-Subventionen folgen zwar politischer Logik, machen aber in erster Linie das Leben gegenseitig unnötig schwer. Schließlich schadet das Land, das Zölle erhebt, sich in der Regel selber, am Ende zahlt der Konsument die Zeche. Zu befürchten ist auch, dass der handelspolitische

Konflikt mit den USA weiter eskaliert. Damit geraten nun weitere Lieferketten unter Druck, auch zum Schaden von zahlreichen US-Unternehmen.

Mit jeder dieser Maßnahmen wächst der grassierende Protektionismus weiter und wird der freie Zugang zu den Weltmärkten für deutsche Unternehmen immer weniger zur Selbstverständlichkeit. Alleine der Umfang der zwischen Oktober 2018 und Mai 2019 eingeführten handelsbeschränkenden Maßnahmen wird von der WTO auf 339,5 Mrd. US-Dollar geschätzt, nach 588,3 Mrd. US-Dollar im vorangegangenen Zeitraum – ein noch nie dagewesener Anstieg protektionistischer Maßnahmen!

Auch die scheinbar endlose Hängepartie um den Brexit wirft längst ihre Schatten voraus. Seit dem Referendum gibt es einen drastischen Rückgang im Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich. So sank der Export nach Großbritannien im ersten Halbjahr um weitere 4,2 Prozent. Auch die Importe vom VK gingen um 5,6 Prozent zurück. Das wahre Schadensausmaß dürfte noch deutlich größer sein und sich erst in einigen Monaten beziffern lassen, da viele Unternehmen in Großbritannien ihre Lager aufgefüllt haben, um Unterbrechungen der Lieferkette vorzubeugen.

Ein harter Brexit, der immer wahrscheinlicher wird, hätte katastrophale Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel. Die Unternehmen erwarten ab November 2019 immense Mehrkosten im Bereich Zoll und bei der Bewältigung von Bürokratie in den Bereichen Logistik, Transport, Datenschutz und Steuern.

Meine Damen und Herren,

gerade in der aktuellen weltpolitischen Situation brauchen wir ein starkes Europa. Die neue Kommission sowie das neue EU-Parlament müssen dringend liefern und als eine Einheit handeln.

Wir haben in diesem Zusammenhang hohe Erwartungen an Phil Hogan, der als Handelskommissar künftig dem Kabinett der neuen EU-Kommissionspräsidentin angehören soll, und verbinden das mit der Hoffnung, dass er das notwendige Fingerspitzengefühl haben wird, um die aktuellen Handelskonflikte der EU zu deeskalieren. Zudem müssen der Abschluss neuer, moderner Handelsabkommen und die Reform der WTO Priorität haben.

Zugleich muss Deutschland seine Alleingänge unterlassen, in denen der deutschen Wirtschaft gegenüber den europäischen Partnern Wettbewerbsnachteile aufgebürdet werden. Wir brauchen dringend einen Abbau unnötiger und lähmender Bürokratie. Die sogenannte A1-Bescheinigung ist dafür ein Paradebeispiel.



Unter diesem wachsenden Druck ist der deutsche Außenhandel dringend auf neue Impulse angewiesen. Ein wichtiges Signal wäre in diesem Zusammenhang die Ratifizierung von CETA. Das Abkommen wird schon seit zwei Jahren vorläufig angewandt und ist bereits ein großer Erfolg: Der bilaterale Güterhandel betrug 2018 mehr als 72 Milliarden Euro, das bedeutet einen Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zu den drei Vorjahren.

CETA ist einer der umfassendsten und ambitioniertesten Freihandelsverträge, den die EU bisher verhandelt hat. In Übereinstimmung mit den Regeln der WTO wird im Wesentlichen der gesamte Handel liberalisiert, unter Einbeziehung ehrgeiziger Nachhaltigkeitsziele. Wir appellieren daher an Union und SPD, ihren im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verpflichtungen endlich nachzukommen und die Ratifizierung jetzt zügig vorantreiben.

Auch das Assoziierungsabkommen der EU mit dem Mercosur-Staatenbund hat einen hohen Stellenwert für den deutschen Außenhandel. Nach 20 schwierigen Verhandlungsjahren ist es gelungen, sich auf ein modernes und ausgewogenes Abkommen mit den südamerikanischen Partnerländern zu einigen. Die EU ist die erste Region weltweit, der das gelungen ist. Ein Wirtschaftsraum mit über 260 Millionen Konsumenten bedeutet einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil für die fast 13.000 deutschen Unternehmen, die schon jetzt dorthin exportieren. Davon sind 72 Prozent kleine und mittlere Unternehmen, die besonders von der Öffnung eines der bisher am meisten abgeschotteten Märkte profitieren würden.

Meine Damen und Herren,

die wenigen Chancen, die sich uns derzeit bieten, dürfen nicht leichtfertig verspielt werden. Das zielt insbesondere auf die überzogene Kritik, mit der zurzeit versucht wird, das Mercosur-Abkommen zu diskreditieren. Der behauptete Zusammenhang zwischen einem Handelsabkommen, das frühestens in einigen Jahren angewandt werden kann, und den aktuellen Bränden im Amazonasgebiet, entbehrt jeglicher Substanz. Ohne das Assoziierungsabkommen wird kein einziger Baum weniger gerodet werden. Vielmehr wird der Handelsvertrag ein umfangreiches Nachhaltigkeitskapitel beinhalten, mit dem man über einen weiteren Hebel verfügen wird, um Länder wie Brasilien an internationale Abkommen wie das Pariser Klimaschutzabkommen und die ILO-Konventionen zu binden.

Die Aussicht auf das Handelsabkommen mit der EU war im Übrigen ein wesentlicher Beweggrund für Brasilien, überhaupt Teil des Pariser Klimaschutzabkommens zu werden und es bislang nicht zu verlassen.

Nutznießler eines Misserfolgs des Mercosur-Abkommens wäre vor allem China, das in der Vergangenheit seine Position in Brasilien sukzessive ausgebaut hat. Brasilien bezieht schon jetzt doppelt so viele Waren aus China wie aus der gesamten EU und erhält weit über doppelt so viele Güter aus Brasilien wie von dort in die EU exportiert werden.

Zu China heute nur so viel: Ähnlich sorgenvoll wie in Richtung USA, obwohl unsere Exporte dorthin im ersten Halbjahr um 4,3 Prozent gestiegen sind, schauen wir auch nach China, trotz eines Anstiegs um 4,3 Prozent. In dem einen Fall sind es beispiellose Drohungen und Strafzölle, im Falle Chinas die erzwungene Beteiligung heimischer Partner, das Absaugen von Know-how oder die künftige stärkere Überwachung ausländischer Firmen mittels Sozialpunkten, was uns Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Zurück zum Thema: Klimaschutz und freier Handel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Auf dem freien Handel basiert schließlich unser Wohlstand, der notwendig ist, um die Wirtschaft klimafreundlich umzubauen. Es wäre hochgradig kontraproduktiv, wenn aus Umweltschutzerwägungen der weltweit vernetzte Handel Schaden nehmen würde.

Wir warnen daher vor der Einführung eines sogenannten Klimazolls. Er bedeutet nicht nur einen immensen administrativen Aufwand, er birgt auch erhebliches handelspolitisches Konfliktpotential. Sollte die EU eine solche Maßnahme einführen, die Importprodukte verteuert, sind Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten zu erwarten. Entwicklungsländer würden sich besonders benachteiligt fühlen. Im Ergebnis würde der Freihandel zu Lasten der deutschen Wirtschaft weiter geschwächt werden.

Meine Damen und Herren,

für uns ist trotz aller Hiobsbotschaften das Glas immer halbvoll und nicht halbleer. Wir müssen aber auch realistischerweise sagen, dass die konjunkturelle Durststrecke wohl noch eine Weile anhalten wird. Umso wichtiger ist es in der jetzigen Situation, den Rahmen für unternehmerisches Handeln zu stärken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Sperrfrist: 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

**PRESSESTATEMENT**

von

**Dr. Holger Bingmann**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

**Außenhandel -  
wachsender Druck auf das Erfolgsmodell von außen und innen**  
**- Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels -**

**Berlin, 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Meine Damen und Herren,

reden wir nicht drum herum und kommen wir gleich zur Sache: Das ständige Foul-Spiel der US-Administration unter Präsident Trump hat die international ausgerichtete deutsche Wirtschaft kalt erwischt. Auf breiter Front verlieren Weltwirtschaft und Welthandel an Kraft. Der völlig unnötige und sinnlose Einstieg in eine weitere Eskalationsspirale nach dem WTO-Urteil im Streit um Airbus-Subventionen erst vor einigen Tagen ist einmal mehr ernüchternd und unterstreicht, dass mit einer baldigen Besserung nicht zu rechnen ist. Hinzu kommt innerhalb Europas insbesondere auch noch die lähmende Wirkung des sich endlos hinziehenden Brexits, der längerfristige unternehmerische Planungen unmöglich macht. Glücklicherweise gibt es neben diesen schlechten Nachrichten aber auch Positives zu berichten, darauf komme ich später zurück. Doch unterm Strich können wir mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden sein und es fällt die Bilanz im Außenhandel deutlich schlechter aus, als noch zu Jahresbeginn erwartet – oder gehofft.

Die Konsequenz daraus: Wir müssen wohl das laufende Jahr 2019 abschreiben und uns mit einer Schwarzen Null im Export zufriedengeben, wobei dies auch ein Mini-Wachstum von 0,5 Prozent heißen kann. Auch die Importe bleiben von der schwachen Exportentwicklung nicht unberührt und können nach unserer aktuellen Einschätzung im gleichen Zeitraum noch um zwei Prozent zulegen. Eine Besserung der Situation erwarten wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2020.

Meine Damen und Herren,

die derzeit grassierenden Handelskonflikte haben dazu geführt, dass die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Prognose für das Handelswachstum im laufenden Jahr 2019 mehr als halbiert hat: Das Weltwarenhandelsvolumen dürfte demzufolge nur noch um 1,2 Prozent steigen, statt um 2,6 Prozent, wie noch im April erwartet.

Die drohenden – legalen – Strafzölle der EU infolge der ebenfalls anstehenden WTO-Entscheidung zu den illegalen Boeing-Subventionen folgen zwar politischer Logik, machen aber in erster Linie das Leben gegenseitig unnötig schwer. Schließlich schadet das Land, das Zölle erhebt, sich in der Regel selber, am Ende zahlt der Konsument die Zeche. Zu befürchten ist auch, dass der handelspolitische

Konflikt mit den USA weiter eskaliert. Damit geraten nun weitere Lieferketten unter Druck, auch zum Schaden von zahlreichen US-Unternehmen.

Mit jeder dieser Maßnahmen wächst der grassierende Protektionismus weiter und wird der freie Zugang zu den Weltmärkten für deutsche Unternehmen immer weniger zur Selbstverständlichkeit. Alleine der Umfang der zwischen Oktober 2018 und Mai 2019 eingeführten handelsbeschränkenden Maßnahmen wird von der WTO auf 339,5 Mrd. US-Dollar geschätzt, nach 588,3 Mrd. US-Dollar im vorangegangenen Zeitraum – ein noch nie dagewesener Anstieg protektionistischer Maßnahmen!

Auch die scheinbar endlose Hängepartie um den Brexit wirft längst ihre Schatten voraus. Seit dem Referendum gibt es einen drastischen Rückgang im Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich. So sank der Export nach Großbritannien im ersten Halbjahr um weitere 4,2 Prozent. Auch die Importe vom VK gingen um 5,6 Prozent zurück. Das wahre Schadensausmaß dürfte noch deutlich größer sein und sich erst in einigen Monaten beziffern lassen, da viele Unternehmen in Großbritannien ihre Lager aufgefüllt haben, um Unterbrechungen der Lieferkette vorzubeugen.

Ein harter Brexit, der immer wahrscheinlicher wird, hätte katastrophale Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel. Die Unternehmen erwarten ab November 2019 immense Mehrkosten im Bereich Zoll und bei der Bewältigung von Bürokratie in den Bereichen Logistik, Transport, Datenschutz und Steuern.

Meine Damen und Herren,

gerade in der aktuellen weltpolitischen Situation brauchen wir ein starkes Europa. Die neue Kommission sowie das neue EU-Parlament müssen dringend liefern und als eine Einheit handeln.

Wir haben in diesem Zusammenhang hohe Erwartungen an Phil Hogan, der als Handelskommissar künftig dem Kabinett der neuen EU-Kommissionspräsidentin angehören soll, und verbinden das mit der Hoffnung, dass er das notwendige Fingerspitzengefühl haben wird, um die aktuellen Handelskonflikte der EU zu deeskalieren. Zudem müssen der Abschluss neuer, moderner Handelsabkommen und die Reform der WTO Priorität haben.

Zugleich muss Deutschland seine Alleingänge unterlassen, in denen der deutschen Wirtschaft gegenüber den europäischen Partnern Wettbewerbsnachteile aufgebürdet werden. Wir brauchen dringend einen Abbau unnötiger und lähmender Bürokratie. Die sogenannte A1-Bescheinigung ist dafür ein Paradebeispiel.

Unter diesem wachsenden Druck ist der deutsche Außenhandel dringend auf neue Impulse angewiesen. Ein wichtiges Signal wäre in diesem Zusammenhang die Ratifizierung von CETA. Das Abkommen wird schon seit zwei Jahren vorläufig angewandt und ist bereits ein großer Erfolg: Der bilaterale Güterhandel betrug 2018 mehr als 72 Milliarden Euro, das bedeutet einen Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zu den drei Vorjahren.

CETA ist einer der umfassendsten und ambitioniertesten Freihandelsverträge, den die EU bisher verhandelt hat. In Übereinstimmung mit den Regeln der WTO wird im Wesentlichen der gesamte Handel liberalisiert, unter Einbeziehung ehrgeiziger Nachhaltigkeitsziele. Wir appellieren daher an Union und SPD, ihren im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verpflichtungen endlich nachzukommen und die Ratifizierung jetzt zügig vorantreiben.

Auch das Assoziierungsabkommen der EU mit dem Mercosur-Staatenbund hat einen hohen Stellenwert für den deutschen Außenhandel. Nach 20 schwierigen Verhandlungsjahren ist es gelungen, sich auf ein modernes und ausgewogenes Abkommen mit den südamerikanischen Partnerländern zu einigen. Die EU ist die erste Region weltweit, der das gelungen ist. Ein Wirtschaftsraum mit über 260 Millionen Konsumenten bedeutet einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil für die fast 13.000 deutschen Unternehmen, die schon jetzt dorthin exportieren. Davon sind 72 Prozent kleine und mittlere Unternehmen, die besonders von der Öffnung eines der bisher am meisten abgeschotteten Märkte profitieren würden.

Meine Damen und Herren,

die wenigen Chancen, die sich uns derzeit bieten, dürfen nicht leichtfertig verspielt werden. Das zielt insbesondere auf die überzogene Kritik, mit der zurzeit versucht wird, das Mercosur-Abkommen zu diskreditieren. Der behauptete Zusammenhang zwischen einem Handelsabkommen, das frühestens in einigen Jahren angewandt werden kann, und den aktuellen Bränden im Amazonasgebiet, entbehrt jeglicher Substanz. Ohne das Assoziierungsabkommen wird kein einziger Baum weniger gerodet werden. Vielmehr wird der Handelsvertrag ein umfangreiches Nachhaltigkeitskapitel beinhalten, mit dem man über einen weiteren Hebel verfügen wird, um Länder wie Brasilien an internationale Abkommen wie das Pariser Klimaschutzabkommen und die ILO-Konventionen zu binden.

Die Aussicht auf das Handelsabkommen mit der EU war im Übrigen ein wesentlicher Beweggrund für Brasilien, überhaupt Teil des Pariser Klimaschutzabkommens zu werden und es bislang nicht zu verlassen.

Nutznieser eines Misserfolgs des Mercosur-Abkommens wäre vor allem China, das in der Vergangenheit seine Position in Brasilien sukzessive ausgebaut hat. Brasilien bezieht schon jetzt doppelt so viele Waren aus China wie aus der gesamten EU und erhält weit über doppelt so viele Güter aus Brasilien wie von dort in die EU exportiert werden.

Zu China heute nur so viel: Ähnlich sorgenvoll wie in Richtung USA, obwohl unsere Exporte dorthin im ersten Halbjahr um 4,3 Prozent gestiegen sind, schauen wir auch nach China, trotz eines Anstiegs um 4,3 Prozent. In dem einen Fall sind es beispiellose Drohungen und Strafzölle, im Falle Chinas die erzwungene Beteiligung heimischer Partner, das Absaugen von Know-how oder die künftige stärkere Überwachung ausländischer Firmen mittels Sozialpunkten, was uns Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Zurück zum Thema: Klimaschutz und freier Handel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Auf dem freien Handel basiert schließlich unser Wohlstand, der notwendig ist, um die Wirtschaft klimafreundlich umzubauen. Es wäre hochgradig kontraproduktiv, wenn aus Umweltschutzerwägungen der weltweit vernetzte Handel Schaden nehmen würde.

Wir warnen daher vor der Einführung eines sogenannten Klimazolls. Er bedeutet nicht nur einen immensen administrativen Aufwand, er birgt auch erhebliches handelspolitisches Konfliktpotential. Sollte die EU eine solche Maßnahme einführen, die Importprodukte verteuert, sind Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten zu erwarten. Entwicklungsländer würden sich besonders benachteiligt fühlen. Im Ergebnis würde der Freihandel zu Lasten der deutschen Wirtschaft weiter geschwächt werden.

Meine Damen und Herren,

für uns ist trotz aller Hiobsbotschaften das Glas immer halbvoll und nicht halbleer. Wir müssen aber auch realistischerweise sagen, dass die konjunkturelle Durststrecke wohl noch eine Weile anhalten wird. Umso wichtiger ist es in der jetzigen Situation, den Rahmen für unternehmerisches Handeln zu stärken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Sperrfrist: 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

**PRESSESTATEMENT**

von

**Dr. Holger Bingmann**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

**Außenhandel -  
wachsender Druck auf das Erfolgsmodell von außen und innen**  
**- Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels -**

**Berlin, 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**



Meine Damen und Herren,

reden wir nicht drum herum und kommen wir gleich zur Sache: Das ständige Foul-Spiel der US-Administration unter Präsident Trump hat die international ausgerichtete deutsche Wirtschaft kalt erwischt. Auf breiter Front verlieren Weltwirtschaft und Welthandel an Kraft. Der völlig unnötige und sinnlose Einstieg in eine weitere Eskalationsspirale nach dem WTO-Urteil im Streit um Airbus-Subventionen erst vor einigen Tagen ist einmal mehr ernüchternd und unterstreicht, dass mit einer baldigen Besserung nicht zu rechnen ist. Hinzu kommt innerhalb Europas insbesondere auch noch die lähmende Wirkung des sich endlos hinziehenden Brexits, der längerfristige unternehmerische Planungen unmöglich macht. Glücklicherweise gibt es neben diesen schlechten Nachrichten aber auch Positives zu berichten, darauf komme ich später zurück. Doch unterm Strich können wir mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden sein und es fällt die Bilanz im Außenhandel deutlich schlechter aus, als noch zu Jahresbeginn erwartet – oder gehofft.

Die Konsequenz daraus: Wir müssen wohl das laufende Jahr 2019 abschreiben und uns mit einer Schwarzen Null im Export zufriedengeben, wobei dies auch ein Mini-Wachstum von 0,5 Prozent heißen kann. Auch die Importe bleiben von der schwachen Exportentwicklung nicht unberührt und können nach unserer aktuellen Einschätzung im gleichen Zeitraum noch um zwei Prozent zulegen. Eine Besserung der Situation erwarten wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2020.

Meine Damen und Herren,

die derzeit grassierenden Handelskonflikte haben dazu geführt, dass die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Prognose für das Handelswachstum im laufenden Jahr 2019 mehr als halbiert hat: Das Weltwarenhandelsvolumen dürfte demzufolge nur noch um 1,2 Prozent steigen, statt um 2,6 Prozent, wie noch im April erwartet.

Die drohenden – legalen – Strafzölle der EU infolge der ebenfalls anstehenden WTO-Entscheidung zu den illegalen Boeing-Subventionen folgen zwar politischer Logik, machen aber in erster Linie das Leben gegenseitig unnötig schwer. Schließlich schadet das Land, das Zölle erhebt, sich in der Regel selber, am Ende zahlt der Konsument die Zeche. Zu befürchten ist auch, dass der handelspolitische

Konflikt mit den USA weiter eskaliert. Damit geraten nun weitere Lieferketten unter Druck, auch zum Schaden von zahlreichen US-Unternehmen.

Mit jeder dieser Maßnahmen wächst der grassierende Protektionismus weiter und wird der freie Zugang zu den Weltmärkten für deutsche Unternehmen immer weniger zur Selbstverständlichkeit. Alleine der Umfang der zwischen Oktober 2018 und Mai 2019 eingeführten handelsbeschränkenden Maßnahmen wird von der WTO auf 339,5 Mrd. US-Dollar geschätzt, nach 588,3 Mrd. US-Dollar im vorangegangenen Zeitraum – ein noch nie dagewesener Anstieg protektionistischer Maßnahmen!

Auch die scheinbar endlose Hängepartie um den Brexit wirft längst ihre Schatten voraus. Seit dem Referendum gibt es einen drastischen Rückgang im Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich. So sank der Export nach Großbritannien im ersten Halbjahr um weitere 4,2 Prozent. Auch die Importe vom VK gingen um 5,6 Prozent zurück. Das wahre Schadensausmaß dürfte noch deutlich größer sein und sich erst in einigen Monaten beziffern lassen, da viele Unternehmen in Großbritannien ihre Lager aufgefüllt haben, um Unterbrechungen der Lieferkette vorzubeugen.

Ein harter Brexit, der immer wahrscheinlicher wird, hätte katastrophale Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel. Die Unternehmen erwarten ab November 2019 immense Mehrkosten im Bereich Zoll und bei der Bewältigung von Bürokratie in den Bereichen Logistik, Transport, Datenschutz und Steuern.

Meine Damen und Herren,

gerade in der aktuellen weltpolitischen Situation brauchen wir ein starkes Europa. Die neue Kommission sowie das neue EU-Parlament müssen dringend liefern und als eine Einheit handeln.

Wir haben in diesem Zusammenhang hohe Erwartungen an Phil Hogan, der als Handelskommissar künftig dem Kabinett der neuen EU-Kommissionspräsidentin angehören soll, und verbinden das mit der Hoffnung, dass er das notwendige Fingerspitzengefühl haben wird, um die aktuellen Handelskonflikte der EU zu deeskalieren. Zudem müssen der Abschluss neuer, moderner Handelsabkommen und die Reform der WTO Priorität haben.

Zugleich muss Deutschland seine Alleingänge unterlassen, in denen der deutschen Wirtschaft gegenüber den europäischen Partnern Wettbewerbsnachteile aufgebürdet werden. Wir brauchen dringend einen Abbau unnötiger und lähmender Bürokratie. Die sogenannte A1-Bescheinigung ist dafür ein Paradebeispiel.

Unter diesem wachsenden Druck ist der deutsche Außenhandel dringend auf neue Impulse angewiesen. Ein wichtiges Signal wäre in diesem Zusammenhang die Ratifizierung von CETA. Das Abkommen wird schon seit zwei Jahren vorläufig angewandt und ist bereits ein großer Erfolg: Der bilaterale Güterhandel betrug 2018 mehr als 72 Milliarden Euro, das bedeutet einen Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zu den drei Vorjahren.

CETA ist einer der umfassendsten und ambitioniertesten Freihandelsverträge, den die EU bisher verhandelt hat. In Übereinstimmung mit den Regeln der WTO wird im Wesentlichen der gesamte Handel liberalisiert, unter Einbeziehung ehrgeiziger Nachhaltigkeitsziele. Wir appellieren daher an Union und SPD, ihren im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verpflichtungen endlich nachzukommen und die Ratifizierung jetzt zügig vorantreiben.

Auch das Assoziierungsabkommen der EU mit dem Mercosur-Staatenbund hat einen hohen Stellenwert für den deutschen Außenhandel. Nach 20 schwierigen Verhandlungsjahren ist es gelungen, sich auf ein modernes und ausgewogenes Abkommen mit den südamerikanischen Partnerländern zu einigen. Die EU ist die erste Region weltweit, der das gelungen ist. Ein Wirtschaftsraum mit über 260 Millionen Konsumenten bedeutet einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil für die fast 13.000 deutschen Unternehmen, die schon jetzt dorthin exportieren. Davon sind 72 Prozent kleine und mittlere Unternehmen, die besonders von der Öffnung eines der bisher am meisten abgeschotteten Märkte profitieren würden.

Meine Damen und Herren,

die wenigen Chancen, die sich uns derzeit bieten, dürfen nicht leichtfertig verspielt werden. Das zielt insbesondere auf die überzogene Kritik, mit der zurzeit versucht wird, das Mercosur-Abkommen zu diskreditieren. Der behauptete Zusammenhang zwischen einem Handelsabkommen, das frühestens in einigen Jahren angewandt werden kann, und den aktuellen Bränden im Amazonasgebiet, entbehrt jeglicher Substanz. Ohne das Assoziierungsabkommen wird kein einziger Baum weniger gerodet werden. Vielmehr wird der Handelsvertrag ein umfangreiches Nachhaltigkeitskapitel beinhalten, mit dem man über einen weiteren Hebel verfügen wird, um Länder wie Brasilien an internationale Abkommen wie das Pariser Klimaschutzabkommen und die ILO-Konventionen zu binden.

Die Aussicht auf das Handelsabkommen mit der EU war im Übrigen ein wesentlicher Beweggrund für Brasilien, überhaupt Teil des Pariser Klimaschutzabkommens zu werden und es bislang nicht zu verlassen.

Nutznießler eines Misserfolgs des Mercosur-Abkommens wäre vor allem China, das in der Vergangenheit seine Position in Brasilien sukzessive ausgebaut hat. Brasilien bezieht schon jetzt doppelt so viele Waren aus China wie aus der gesamten EU und erhält weit über doppelt so viele Güter aus Brasilien wie von dort in die EU exportiert werden.

Zu China heute nur so viel: Ähnlich sorgenvoll wie in Richtung USA, obwohl unsere Exporte dorthin im ersten Halbjahr um 4,3 Prozent gestiegen sind, schauen wir auch nach China, trotz eines Anstiegs um 4,3 Prozent. In dem einen Fall sind es beispiellose Drohungen und Strafzölle, im Falle Chinas die erzwungene Beteiligung heimischer Partner, das Absaugen von Know-how oder die künftige stärkere Überwachung ausländischer Firmen mittels Sozialpunkten, was uns Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Zurück zum Thema: Klimaschutz und freier Handel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Auf dem freien Handel basiert schließlich unser Wohlstand, der notwendig ist, um die Wirtschaft klimafreundlich umzubauen. Es wäre hochgradig kontraproduktiv, wenn aus Umweltschutzerwägungen der weltweit vernetzte Handel Schaden nehmen würde.

Wir warnen daher vor der Einführung eines sogenannten Klimazolls. Er bedeutet nicht nur einen immensen administrativen Aufwand, er birgt auch erhebliches handelspolitisches Konfliktpotential. Sollte die EU eine solche Maßnahme einführen, die Importprodukte verteuert, sind Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten zu erwarten. Entwicklungsländer würden sich besonders benachteiligt fühlen. Im Ergebnis würde der Freihandel zu Lasten der deutschen Wirtschaft weiter geschwächt werden.

Meine Damen und Herren,

für uns ist trotz aller Hiobsbotschaften das Glas immer halbvoll und nicht halbleer. Wir müssen aber auch realistischerweise sagen, dass die konjunkturelle Durststrecke wohl noch eine Weile anhalten wird. Umso wichtiger ist es in der jetzigen Situation, den Rahmen für unternehmerisches Handeln zu stärken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Sperrfrist: 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

**PRESSESTATEMENT**

von

**Dr. Holger Bingmann**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

**Außenhandel -  
wachsender Druck auf das Erfolgsmodell von außen und innen**  
**- Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels -**

**Berlin, 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Meine Damen und Herren,

reden wir nicht drum herum und kommen wir gleich zur Sache: Das ständige Foul-Spiel der US-Administration unter Präsident Trump hat die international ausgerichtete deutsche Wirtschaft kalt erwischt. Auf breiter Front verlieren Weltwirtschaft und Welthandel an Kraft. Der völlig unnötige und sinnlose Einstieg in eine weitere Eskalationsspirale nach dem WTO-Urteil im Streit um Airbus-Subventionen erst vor einigen Tagen ist einmal mehr ernüchternd und unterstreicht, dass mit einer baldigen Besserung nicht zu rechnen ist. Hinzu kommt innerhalb Europas insbesondere auch noch die lähmende Wirkung des sich endlos hinziehenden Brexits, der längerfristige unternehmerische Planungen unmöglich macht. Glücklicherweise gibt es neben diesen schlechten Nachrichten aber auch Positives zu berichten, darauf komme ich später zurück. Doch unterm Strich können wir mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden sein und es fällt die Bilanz im Außenhandel deutlich schlechter aus, als noch zu Jahresbeginn erwartet – oder gehofft.

Die Konsequenz daraus: Wir müssen wohl das laufende Jahr 2019 abschreiben und uns mit einer Schwarzen Null im Export zufriedengeben, wobei dies auch ein Mini-Wachstum von 0,5 Prozent heißen kann. Auch die Importe bleiben von der schwachen Exportentwicklung nicht unberührt und können nach unserer aktuellen Einschätzung im gleichen Zeitraum noch um zwei Prozent zulegen. Eine Besserung der Situation erwarten wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2020.

Meine Damen und Herren,

die derzeit grassierenden Handelskonflikte haben dazu geführt, dass die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Prognose für das Handelswachstum im laufenden Jahr 2019 mehr als halbiert hat: Das Weltwarenhandelsvolumen dürfte demzufolge nur noch um 1,2 Prozent steigen, statt um 2,6 Prozent, wie noch im April erwartet.

Die drohenden – legalen – Strafzölle der EU infolge der ebenfalls anstehenden WTO-Entscheidung zu den illegalen Boeing-Subventionen folgen zwar politischer Logik, machen aber in erster Linie das Leben gegenseitig unnötig schwer. Schließlich schadet das Land, das Zölle erhebt, sich in der Regel selber, am Ende zahlt der Konsument die Zeche. Zu befürchten ist auch, dass der handelspolitische

Konflikt mit den USA weiter eskaliert. Damit geraten nun weitere Lieferketten unter Druck, auch zum Schaden von zahlreichen US-Unternehmen.

Mit jeder dieser Maßnahmen wächst der grassierende Protektionismus weiter und wird der freie Zugang zu den Weltmärkten für deutsche Unternehmen immer weniger zur Selbstverständlichkeit. Alleine der Umfang der zwischen Oktober 2018 und Mai 2019 eingeführten handelsbeschränkenden Maßnahmen wird von der WTO auf 339,5 Mrd. US-Dollar geschätzt, nach 588,3 Mrd. US-Dollar im vorangegangenen Zeitraum – ein noch nie dagewesener Anstieg protektionistischer Maßnahmen!

Auch die scheinbar endlose Hängepartie um den Brexit wirft längst ihre Schatten voraus. Seit dem Referendum gibt es einen drastischen Rückgang im Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich. So sank der Export nach Großbritannien im ersten Halbjahr um weitere 4,2 Prozent. Auch die Importe vom VK gingen um 5,6 Prozent zurück. Das wahre Schadensausmaß dürfte noch deutlich größer sein und sich erst in einigen Monaten beziffern lassen, da viele Unternehmen in Großbritannien ihre Lager aufgefüllt haben, um Unterbrechungen der Lieferkette vorzubeugen.

Ein harter Brexit, der immer wahrscheinlicher wird, hätte katastrophale Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel. Die Unternehmen erwarten ab November 2019 immense Mehrkosten im Bereich Zoll und bei der Bewältigung von Bürokratie in den Bereichen Logistik, Transport, Datenschutz und Steuern.

Meine Damen und Herren,

gerade in der aktuellen weltpolitischen Situation brauchen wir ein starkes Europa. Die neue Kommission sowie das neue EU-Parlament müssen dringend liefern und als eine Einheit handeln.

Wir haben in diesem Zusammenhang hohe Erwartungen an Phil Hogan, der als Handelskommissar künftig dem Kabinett der neuen EU-Kommissionspräsidentin angehören soll, und verbinden das mit der Hoffnung, dass er das notwendige Fingerspitzengefühl haben wird, um die aktuellen Handelskonflikte der EU zu deeskalieren. Zudem müssen der Abschluss neuer, moderner Handelsabkommen und die Reform der WTO Priorität haben.

Zugleich muss Deutschland seine Alleingänge unterlassen, in denen der deutschen Wirtschaft gegenüber den europäischen Partnern Wettbewerbsnachteile aufgebürdet werden. Wir brauchen dringend einen Abbau unnötiger und lähmender Bürokratie. Die sogenannte A1-Bescheinigung ist dafür ein Paradebeispiel.

Unter diesem wachsenden Druck ist der deutsche Außenhandel dringend auf neue Impulse angewiesen. Ein wichtiges Signal wäre in diesem Zusammenhang die Ratifizierung von CETA. Das Abkommen wird schon seit zwei Jahren vorläufig angewandt und ist bereits ein großer Erfolg: Der bilaterale Güterhandel betrug 2018 mehr als 72 Milliarden Euro, das bedeutet einen Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zu den drei Vorjahren.

CETA ist einer der umfassendsten und ambitioniertesten Freihandelsverträge, den die EU bisher verhandelt hat. In Übereinstimmung mit den Regeln der WTO wird im Wesentlichen der gesamte Handel liberalisiert, unter Einbeziehung ehrgeiziger Nachhaltigkeitsziele. Wir appellieren daher an Union und SPD, ihren im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verpflichtungen endlich nachzukommen und die Ratifizierung jetzt zügig vorantreiben.

Auch das Assoziierungsabkommen der EU mit dem Mercosur-Staatenbund hat einen hohen Stellenwert für den deutschen Außenhandel. Nach 20 schwierigen Verhandlungsjahren ist es gelungen, sich auf ein modernes und ausgewogenes Abkommen mit den südamerikanischen Partnerländern zu einigen. Die EU ist die erste Region weltweit, der das gelungen ist. Ein Wirtschaftsraum mit über 260 Millionen Konsumenten bedeutet einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil für die fast 13.000 deutschen Unternehmen, die schon jetzt dorthin exportieren. Davon sind 72 Prozent kleine und mittlere Unternehmen, die besonders von der Öffnung eines der bisher am meisten abgeschotteten Märkte profitieren würden.

Meine Damen und Herren,

die wenigen Chancen, die sich uns derzeit bieten, dürfen nicht leichtfertig verspielt werden. Das zielt insbesondere auf die überzogene Kritik, mit der zurzeit versucht wird, das Mercosur-Abkommen zu diskreditieren. Der behauptete Zusammenhang zwischen einem Handelsabkommen, das frühestens in einigen Jahren angewandt werden kann, und den aktuellen Bränden im Amazonasgebiet, entbehrt jeglicher Substanz. Ohne das Assoziierungsabkommen wird kein einziger Baum weniger gerodet werden. Vielmehr wird der Handelsvertrag ein umfangreiches Nachhaltigkeitskapitel beinhalten, mit dem man über einen weiteren Hebel verfügen wird, um Länder wie Brasilien an internationale Abkommen wie das Pariser Klimaschutzabkommen und die ILO-Konventionen zu binden.



Die Aussicht auf das Handelsabkommen mit der EU war im Übrigen ein wesentlicher Beweggrund für Brasilien, überhaupt Teil des Pariser Klimaschutzabkommens zu werden und es bislang nicht zu verlassen.

Nutznießler eines Misserfolgs des Mercosur-Abkommens wäre vor allem China, das in der Vergangenheit seine Position in Brasilien sukzessive ausgebaut hat. Brasilien bezieht schon jetzt doppelt so viele Waren aus China wie aus der gesamten EU und erhält weit über doppelt so viele Güter aus Brasilien wie von dort in die EU exportiert werden.

Zu China heute nur so viel: Ähnlich sorgenvoll wie in Richtung USA, obwohl unsere Exporte dorthin im ersten Halbjahr um 4,3 Prozent gestiegen sind, schauen wir auch nach China, trotz eines Anstiegs um 4,3 Prozent. In dem einen Fall sind es beispiellose Drohungen und Strafzölle, im Falle Chinas die erzwungene Beteiligung heimischer Partner, das Absaugen von Know-how oder die künftige stärkere Überwachung ausländischer Firmen mittels Sozialpunkten, was uns Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Zurück zum Thema: Klimaschutz und freier Handel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Auf dem freien Handel basiert schließlich unser Wohlstand, der notwendig ist, um die Wirtschaft klimafreundlich umzubauen. Es wäre hochgradig kontraproduktiv, wenn aus Umweltschutzerwägungen der weltweit vernetzte Handel Schaden nehmen würde.

Wir warnen daher vor der Einführung eines sogenannten Klimazolls. Er bedeutet nicht nur einen immensen administrativen Aufwand, er birgt auch erhebliches handelspolitisches Konfliktpotential. Sollte die EU eine solche Maßnahme einführen, die Importprodukte verteuert, sind Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten zu erwarten. Entwicklungsländer würden sich besonders benachteiligt fühlen. Im Ergebnis würde der Freihandel zu Lasten der deutschen Wirtschaft weiter geschwächt werden.

Meine Damen und Herren,

für uns ist trotz aller Hiobsbotschaften das Glas immer halbvoll und nicht halbleer. Wir müssen aber auch realistischerweise sagen, dass die konjunkturelle Durststrecke wohl noch eine Weile anhalten wird. Umso wichtiger ist es in der jetzigen Situation, den Rahmen für unternehmerisches Handeln zu stärken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Sperrfrist: 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

**PRESSESTATEMENT**

von

**Dr. Holger Bingmann**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

**Außenhandel -  
wachsender Druck auf das Erfolgsmodell von außen und innen**  
**- Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels -**

**Berlin, 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Meine Damen und Herren,

reden wir nicht drum herum und kommen wir gleich zur Sache: Das ständige Foul-Spiel der US-Administration unter Präsident Trump hat die international ausgerichtete deutsche Wirtschaft kalt erwischt. Auf breiter Front verlieren Weltwirtschaft und Welthandel an Kraft. Der völlig unnötige und sinnlose Einstieg in eine weitere Eskalationsspirale nach dem WTO-Urteil im Streit um Airbus-Subventionen erst vor einigen Tagen ist einmal mehr ernüchternd und unterstreicht, dass mit einer baldigen Besserung nicht zu rechnen ist. Hinzu kommt innerhalb Europas insbesondere auch noch die lähmende Wirkung des sich endlos hinziehenden Brexits, der längerfristige unternehmerische Planungen unmöglich macht. Glücklicherweise gibt es neben diesen schlechten Nachrichten aber auch Positives zu berichten, darauf komme ich später zurück. Doch unterm Strich können wir mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden sein und es fällt die Bilanz im Außenhandel deutlich schlechter aus, als noch zu Jahresbeginn erwartet – oder gehofft.

Die Konsequenz daraus: Wir müssen wohl das laufende Jahr 2019 abschreiben und uns mit einer Schwarzen Null im Export zufriedengeben, wobei dies auch ein Mini-Wachstum von 0,5 Prozent heißen kann. Auch die Importe bleiben von der schwachen Exportentwicklung nicht unberührt und können nach unserer aktuellen Einschätzung im gleichen Zeitraum noch um zwei Prozent zulegen. Eine Besserung der Situation erwarten wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2020.

Meine Damen und Herren,

die derzeit grassierenden Handelskonflikte haben dazu geführt, dass die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Prognose für das Handelswachstum im laufenden Jahr 2019 mehr als halbiert hat: Das Weltwarenhandelsvolumen dürfte demzufolge nur noch um 1,2 Prozent steigen, statt um 2,6 Prozent, wie noch im April erwartet.

Die drohenden – legalen – Strafzölle der EU infolge der ebenfalls anstehenden WTO-Entscheidung zu den illegalen Boeing-Subventionen folgen zwar politischer Logik, machen aber in erster Linie das Leben gegenseitig unnötig schwer. Schließlich schadet das Land, das Zölle erhebt, sich in der Regel selber, am Ende zahlt der Konsument die Zeche. Zu befürchten ist auch, dass der handelspolitische

Konflikt mit den USA weiter eskaliert. Damit geraten nun weitere Lieferketten unter Druck, auch zum Schaden von zahlreichen US-Unternehmen.

Mit jeder dieser Maßnahmen wächst der grassierende Protektionismus weiter und wird der freie Zugang zu den Weltmärkten für deutsche Unternehmen immer weniger zur Selbstverständlichkeit. Alleine der Umfang der zwischen Oktober 2018 und Mai 2019 eingeführten handelsbeschränkenden Maßnahmen wird von der WTO auf 339,5 Mrd. US-Dollar geschätzt, nach 588,3 Mrd. US-Dollar im vorangegangenen Zeitraum – ein noch nie dagewesener Anstieg protektionistischer Maßnahmen!

Auch die scheinbar endlose Hängepartie um den Brexit wirft längst ihre Schatten voraus. Seit dem Referendum gibt es einen drastischen Rückgang im Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich. So sank der Export nach Großbritannien im ersten Halbjahr um weitere 4,2 Prozent. Auch die Importe vom VK gingen um 5,6 Prozent zurück. Das wahre Schadensausmaß dürfte noch deutlich größer sein und sich erst in einigen Monaten beziffern lassen, da viele Unternehmen in Großbritannien ihre Lager aufgefüllt haben, um Unterbrechungen der Lieferkette vorzubeugen.

Ein harter Brexit, der immer wahrscheinlicher wird, hätte katastrophale Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel. Die Unternehmen erwarten ab November 2019 immense Mehrkosten im Bereich Zoll und bei der Bewältigung von Bürokratie in den Bereichen Logistik, Transport, Datenschutz und Steuern.

Meine Damen und Herren,

gerade in der aktuellen weltpolitischen Situation brauchen wir ein starkes Europa. Die neue Kommission sowie das neue EU-Parlament müssen dringend liefern und als eine Einheit handeln.

Wir haben in diesem Zusammenhang hohe Erwartungen an Phil Hogan, der als Handelskommissar künftig dem Kabinett der neuen EU-Kommissionspräsidentin angehören soll, und verbinden das mit der Hoffnung, dass er das notwendige Fingerspitzengefühl haben wird, um die aktuellen Handelskonflikte der EU zu deeskalieren. Zudem müssen der Abschluss neuer, moderner Handelsabkommen und die Reform der WTO Priorität haben.

Zugleich muss Deutschland seine Alleingänge unterlassen, in denen der deutschen Wirtschaft gegenüber den europäischen Partnern Wettbewerbsnachteile aufgebürdet werden. Wir brauchen dringend einen Abbau unnötiger und lähmender Bürokratie. Die sogenannte A1-Bescheinigung ist dafür ein Paradebeispiel.

Unter diesem wachsenden Druck ist der deutsche Außenhandel dringend auf neue Impulse angewiesen. Ein wichtiges Signal wäre in diesem Zusammenhang die Ratifizierung von CETA. Das Abkommen wird schon seit zwei Jahren vorläufig angewandt und ist bereits ein großer Erfolg: Der bilaterale Güterhandel betrug 2018 mehr als 72 Milliarden Euro, das bedeutet einen Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zu den drei Vorjahren.

CETA ist einer der umfassendsten und ambitioniertesten Freihandelsverträge, den die EU bisher verhandelt hat. In Übereinstimmung mit den Regeln der WTO wird im Wesentlichen der gesamte Handel liberalisiert, unter Einbeziehung ehrgeiziger Nachhaltigkeitsziele. Wir appellieren daher an Union und SPD, ihren im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verpflichtungen endlich nachzukommen und die Ratifizierung jetzt zügig vorantreiben.

Auch das Assoziierungsabkommen der EU mit dem Mercosur-Staatenbund hat einen hohen Stellenwert für den deutschen Außenhandel. Nach 20 schwierigen Verhandlungsjahren ist es gelungen, sich auf ein modernes und ausgewogenes Abkommen mit den südamerikanischen Partnerländern zu einigen. Die EU ist die erste Region weltweit, der das gelungen ist. Ein Wirtschaftsraum mit über 260 Millionen Konsumenten bedeutet einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil für die fast 13.000 deutschen Unternehmen, die schon jetzt dorthin exportieren. Davon sind 72 Prozent kleine und mittlere Unternehmen, die besonders von der Öffnung eines der bisher am meisten abgeschotteten Märkte profitieren würden.

Meine Damen und Herren,

die wenigen Chancen, die sich uns derzeit bieten, dürfen nicht leichtfertig verspielt werden. Das zielt insbesondere auf die überzogene Kritik, mit der zurzeit versucht wird, das Mercosur-Abkommen zu diskreditieren. Der behauptete Zusammenhang zwischen einem Handelsabkommen, das frühestens in einigen Jahren angewandt werden kann, und den aktuellen Bränden im Amazonasgebiet, entbehrt jeglicher Substanz. Ohne das Assoziierungsabkommen wird kein einziger Baum weniger gerodet werden. Vielmehr wird der Handelsvertrag ein umfangreiches Nachhaltigkeitskapitel beinhalten, mit dem man über einen weiteren Hebel verfügen wird, um Länder wie Brasilien an internationale Abkommen wie das Pariser Klimaschutzabkommen und die ILO-Konventionen zu binden.

Die Aussicht auf das Handelsabkommen mit der EU war im Übrigen ein wesentlicher Beweggrund für Brasilien, überhaupt Teil des Pariser Klimaschutzabkommens zu werden und es bislang nicht zu verlassen.

Nutznießler eines Misserfolgs des Mercosur-Abkommens wäre vor allem China, das in der Vergangenheit seine Position in Brasilien sukzessive ausgebaut hat. Brasilien bezieht schon jetzt doppelt so viele Waren aus China wie aus der gesamten EU und erhält weit über doppelt so viele Güter aus Brasilien wie von dort in die EU exportiert werden.

Zu China heute nur so viel: Ähnlich sorgenvoll wie in Richtung USA, obwohl unsere Exporte dorthin im ersten Halbjahr um 4,3 Prozent gestiegen sind, schauen wir auch nach China, trotz eines Anstiegs um 4,3 Prozent. In dem einen Fall sind es beispiellose Drohungen und Strafzölle, im Falle Chinas die erzwungene Beteiligung heimischer Partner, das Absaugen von Know-how oder die künftige stärkere Überwachung ausländischer Firmen mittels Sozialpunkten, was uns Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Zurück zum Thema: Klimaschutz und freier Handel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Auf dem freien Handel basiert schließlich unser Wohlstand, der notwendig ist, um die Wirtschaft klimafreundlich umzubauen. Es wäre hochgradig kontraproduktiv, wenn aus Umweltschutzerwägungen der weltweit vernetzte Handel Schaden nehmen würde.

Wir warnen daher vor der Einführung eines sogenannten Klimazolls. Er bedeutet nicht nur einen immensen administrativen Aufwand, er birgt auch erhebliches handelspolitisches Konfliktpotential. Sollte die EU eine solche Maßnahme einführen, die Importprodukte verteuert, sind Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten zu erwarten. Entwicklungsländer würden sich besonders benachteiligt fühlen. Im Ergebnis würde der Freihandel zu Lasten der deutschen Wirtschaft weiter geschwächt werden.

Meine Damen und Herren,

für uns ist trotz aller Hiobsbotschaften das Glas immer halbvoll und nicht halbleer. Wir müssen aber auch realistischerweise sagen, dass die konjunkturelle Durststrecke wohl noch eine Weile anhalten wird. Umso wichtiger ist es in der jetzigen Situation, den Rahmen für unternehmerisches Handeln zu stärken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Sperrfrist: 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

**PRESSESTATEMENT**

von

**Dr. Holger Bingmann**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

**Außenhandel -  
wachsender Druck auf das Erfolgsmodell von außen und innen**  
**- Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels -**

**Berlin, 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Meine Damen und Herren,

reden wir nicht drum herum und kommen wir gleich zur Sache: Das ständige Foul-Spiel der US-Administration unter Präsident Trump hat die international ausgerichtete deutsche Wirtschaft kalt erwischt. Auf breiter Front verlieren Weltwirtschaft und Welthandel an Kraft. Der völlig unnötige und sinnlose Einstieg in eine weitere Eskalationsspirale nach dem WTO-Urteil im Streit um Airbus-Subventionen erst vor einigen Tagen ist einmal mehr ernüchternd und unterstreicht, dass mit einer baldigen Besserung nicht zu rechnen ist. Hinzu kommt innerhalb Europas insbesondere auch noch die lähmende Wirkung des sich endlos hinziehenden Brexits, der längerfristige unternehmerische Planungen unmöglich macht. Glücklicherweise gibt es neben diesen schlechten Nachrichten aber auch Positives zu berichten, darauf komme ich später zurück. Doch unterm Strich können wir mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden sein und es fällt die Bilanz im Außenhandel deutlich schlechter aus, als noch zu Jahresbeginn erwartet – oder gehofft.

Die Konsequenz daraus: Wir müssen wohl das laufende Jahr 2019 abschreiben und uns mit einer Schwarzen Null im Export zufriedengeben, wobei dies auch ein Mini-Wachstum von 0,5 Prozent heißen kann. Auch die Importe bleiben von der schwachen Exportentwicklung nicht unberührt und können nach unserer aktuellen Einschätzung im gleichen Zeitraum noch um zwei Prozent zulegen. Eine Besserung der Situation erwarten wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2020.

Meine Damen und Herren,

die derzeit grassierenden Handelskonflikte haben dazu geführt, dass die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Prognose für das Handelswachstum im laufenden Jahr 2019 mehr als halbiert hat: Das Weltwarenhandelsvolumen dürfte demzufolge nur noch um 1,2 Prozent steigen, statt um 2,6 Prozent, wie noch im April erwartet.

Die drohenden – legalen – Strafzölle der EU infolge der ebenfalls anstehenden WTO-Entscheidung zu den illegalen Boeing-Subventionen folgen zwar politischer Logik, machen aber in erster Linie das Leben gegenseitig unnötig schwer. Schließlich schadet das Land, das Zölle erhebt, sich in der Regel selber, am Ende zahlt der Konsument die Zeche. Zu befürchten ist auch, dass der handelspolitische



Konflikt mit den USA weiter eskaliert. Damit geraten nun weitere Lieferketten unter Druck, auch zum Schaden von zahlreichen US-Unternehmen.

Mit jeder dieser Maßnahmen wächst der grassierende Protektionismus weiter und wird der freie Zugang zu den Weltmärkten für deutsche Unternehmen immer weniger zur Selbstverständlichkeit. Alleine der Umfang der zwischen Oktober 2018 und Mai 2019 eingeführten handelsbeschränkenden Maßnahmen wird von der WTO auf 339,5 Mrd. US-Dollar geschätzt, nach 588,3 Mrd. US-Dollar im vorangegangenen Zeitraum – ein noch nie dagewesener Anstieg protektionistischer Maßnahmen!

Auch die scheinbar endlose Hängepartie um den Brexit wirft längst ihre Schatten voraus. Seit dem Referendum gibt es einen drastischen Rückgang im Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich. So sank der Export nach Großbritannien im ersten Halbjahr um weitere 4,2 Prozent. Auch die Importe vom VK gingen um 5,6 Prozent zurück. Das wahre Schadensausmaß dürfte noch deutlich größer sein und sich erst in einigen Monaten beziffern lassen, da viele Unternehmen in Großbritannien ihre Lager aufgefüllt haben, um Unterbrechungen der Lieferkette vorzubeugen.

Ein harter Brexit, der immer wahrscheinlicher wird, hätte katastrophale Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel. Die Unternehmen erwarten ab November 2019 immense Mehrkosten im Bereich Zoll und bei der Bewältigung von Bürokratie in den Bereichen Logistik, Transport, Datenschutz und Steuern.

Meine Damen und Herren,

gerade in der aktuellen weltpolitischen Situation brauchen wir ein starkes Europa. Die neue Kommission sowie das neue EU-Parlament müssen dringend liefern und als eine Einheit handeln.

Wir haben in diesem Zusammenhang hohe Erwartungen an Phil Hogan, der als Handelskommissar künftig dem Kabinett der neuen EU-Kommissionspräsidentin angehören soll, und verbinden das mit der Hoffnung, dass er das notwendige Fingerspitzengefühl haben wird, um die aktuellen Handelskonflikte der EU zu deeskalieren. Zudem müssen der Abschluss neuer, moderner Handelsabkommen und die Reform der WTO Priorität haben.

Zugleich muss Deutschland seine Alleingänge unterlassen, in denen der deutschen Wirtschaft gegenüber den europäischen Partnern Wettbewerbsnachteile aufgebürdet werden. Wir brauchen dringend einen Abbau unnötiger und lähmender Bürokratie. Die sogenannte A1-Bescheinigung ist dafür ein Paradebeispiel.

Unter diesem wachsenden Druck ist der deutsche Außenhandel dringend auf neue Impulse angewiesen. Ein wichtiges Signal wäre in diesem Zusammenhang die Ratifizierung von CETA. Das Abkommen wird schon seit zwei Jahren vorläufig angewandt und ist bereits ein großer Erfolg: Der bilaterale Güterhandel betrug 2018 mehr als 72 Milliarden Euro, das bedeutet einen Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zu den drei Vorjahren.

CETA ist einer der umfassendsten und ambitioniertesten Freihandelsverträge, den die EU bisher verhandelt hat. In Übereinstimmung mit den Regeln der WTO wird im Wesentlichen der gesamte Handel liberalisiert, unter Einbeziehung ehrgeiziger Nachhaltigkeitsziele. Wir appellieren daher an Union und SPD, ihren im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verpflichtungen endlich nachzukommen und die Ratifizierung jetzt zügig vorantreiben.

Auch das Assoziierungsabkommen der EU mit dem Mercosur-Staatenbund hat einen hohen Stellenwert für den deutschen Außenhandel. Nach 20 schwierigen Verhandlungsjahren ist es gelungen, sich auf ein modernes und ausgewogenes Abkommen mit den südamerikanischen Partnerländern zu einigen. Die EU ist die erste Region weltweit, der das gelungen ist. Ein Wirtschaftsraum mit über 260 Millionen Konsumenten bedeutet einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil für die fast 13.000 deutschen Unternehmen, die schon jetzt dorthin exportieren. Davon sind 72 Prozent kleine und mittlere Unternehmen, die besonders von der Öffnung eines der bisher am meisten abgeschotteten Märkte profitieren würden.

Meine Damen und Herren,

die wenigen Chancen, die sich uns derzeit bieten, dürfen nicht leichtfertig verspielt werden. Das zielt insbesondere auf die überzogene Kritik, mit der zurzeit versucht wird, das Mercosur-Abkommen zu diskreditieren. Der behauptete Zusammenhang zwischen einem Handelsabkommen, das frühestens in einigen Jahren angewandt werden kann, und den aktuellen Bränden im Amazonasgebiet, entbehrt jeglicher Substanz. Ohne das Assoziierungsabkommen wird kein einziger Baum weniger gerodet werden. Vielmehr wird der Handelsvertrag ein umfangreiches Nachhaltigkeitskapitel beinhalten, mit dem man über einen weiteren Hebel verfügen wird, um Länder wie Brasilien an internationale Abkommen wie das Pariser Klimaschutzabkommen und die ILO-Konventionen zu binden.

Die Aussicht auf das Handelsabkommen mit der EU war im Übrigen ein wesentlicher Beweggrund für Brasilien, überhaupt Teil des Pariser Klimaschutzabkommens zu werden und es bislang nicht zu verlassen.

Nutznießler eines Misserfolgs des Mercosur-Abkommens wäre vor allem China, das in der Vergangenheit seine Position in Brasilien sukzessive ausgebaut hat. Brasilien bezieht schon jetzt doppelt so viele Waren aus China wie aus der gesamten EU und erhält weit über doppelt so viele Güter aus Brasilien wie von dort in die EU exportiert werden.

Zu China heute nur so viel: Ähnlich sorgenvoll wie in Richtung USA, obwohl unsere Exporte dorthin im ersten Halbjahr um 4,3 Prozent gestiegen sind, schauen wir auch nach China, trotz eines Anstiegs um 4,3 Prozent. In dem einen Fall sind es beispiellose Drohungen und Strafzölle, im Falle Chinas die erzwungene Beteiligung heimischer Partner, das Absaugen von Know-how oder die künftige stärkere Überwachung ausländischer Firmen mittels Sozialpunkten, was uns Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Zurück zum Thema: Klimaschutz und freier Handel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Auf dem freien Handel basiert schließlich unser Wohlstand, der notwendig ist, um die Wirtschaft klimafreundlich umzubauen. Es wäre hochgradig kontraproduktiv, wenn aus Umweltschutzerwägungen der weltweit vernetzte Handel Schaden nehmen würde.

Wir warnen daher vor der Einführung eines sogenannten Klimazolls. Er bedeutet nicht nur einen immensen administrativen Aufwand, er birgt auch erhebliches handelspolitisches Konfliktpotential. Sollte die EU eine solche Maßnahme einführen, die Importprodukte verteuert, sind Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten zu erwarten. Entwicklungsländer würden sich besonders benachteiligt fühlen. Im Ergebnis würde der Freihandel zu Lasten der deutschen Wirtschaft weiter geschwächt werden.

Meine Damen und Herren,

für uns ist trotz aller Hiobsbotschaften das Glas immer halbvoll und nicht halbleer. Wir müssen aber auch realistischerweise sagen, dass die konjunkturelle Durststrecke wohl noch eine Weile anhalten wird. Umso wichtiger ist es in der jetzigen Situation, den Rahmen für unternehmerisches Handeln zu stärken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Sperrfrist: 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

**PRESSESTATEMENT**

von

**Dr. Holger Bingmann**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

**Außenhandel -  
wachsender Druck auf das Erfolgsmodell von außen und innen**  
**- Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels -**

**Berlin, 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Meine Damen und Herren,

reden wir nicht drum herum und kommen wir gleich zur Sache: Das ständige Foul-Spiel der US-Administration unter Präsident Trump hat die international ausgerichtete deutsche Wirtschaft kalt erwischt. Auf breiter Front verlieren Weltwirtschaft und Welthandel an Kraft. Der völlig unnötige und sinnlose Einstieg in eine weitere Eskalationsspirale nach dem WTO-Urteil im Streit um Airbus-Subventionen erst vor einigen Tagen ist einmal mehr ernüchternd und unterstreicht, dass mit einer baldigen Besserung nicht zu rechnen ist. Hinzu kommt innerhalb Europas insbesondere auch noch die lähmende Wirkung des sich endlos hinziehenden Brexits, der längerfristige unternehmerische Planungen unmöglich macht. Glücklicherweise gibt es neben diesen schlechten Nachrichten aber auch Positives zu berichten, darauf komme ich später zurück. Doch unterm Strich können wir mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden sein und es fällt die Bilanz im Außenhandel deutlich schlechter aus, als noch zu Jahresbeginn erwartet – oder gehofft.

Die Konsequenz daraus: Wir müssen wohl das laufende Jahr 2019 abschreiben und uns mit einer Schwarzen Null im Export zufriedengeben, wobei dies auch ein Mini-Wachstum von 0,5 Prozent heißen kann. Auch die Importe bleiben von der schwachen Exportentwicklung nicht unberührt und können nach unserer aktuellen Einschätzung im gleichen Zeitraum noch um zwei Prozent zulegen. Eine Besserung der Situation erwarten wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2020.

Meine Damen und Herren,

die derzeit grassierenden Handelskonflikte haben dazu geführt, dass die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Prognose für das Handelswachstum im laufenden Jahr 2019 mehr als halbiert hat: Das Weltwarenhandelsvolumen dürfte demzufolge nur noch um 1,2 Prozent steigen, statt um 2,6 Prozent, wie noch im April erwartet.

Die drohenden – legalen – Strafzölle der EU infolge der ebenfalls anstehenden WTO-Entscheidung zu den illegalen Boeing-Subventionen folgen zwar politischer Logik, machen aber in erster Linie das Leben gegenseitig unnötig schwer. Schließlich schadet das Land, das Zölle erhebt, sich in der Regel selber, am Ende zahlt der Konsument die Zeche. Zu befürchten ist auch, dass der handelspolitische

Konflikt mit den USA weiter eskaliert. Damit geraten nun weitere Lieferketten unter Druck, auch zum Schaden von zahlreichen US-Unternehmen.

Mit jeder dieser Maßnahmen wächst der grassierende Protektionismus weiter und wird der freie Zugang zu den Weltmärkten für deutsche Unternehmen immer weniger zur Selbstverständlichkeit. Alleine der Umfang der zwischen Oktober 2018 und Mai 2019 eingeführten handelsbeschränkenden Maßnahmen wird von der WTO auf 339,5 Mrd. US-Dollar geschätzt, nach 588,3 Mrd. US-Dollar im vorangegangenen Zeitraum – ein noch nie dagewesener Anstieg protektionistischer Maßnahmen!

Auch die scheinbar endlose Hängepartie um den Brexit wirft längst ihre Schatten voraus. Seit dem Referendum gibt es einen drastischen Rückgang im Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich. So sank der Export nach Großbritannien im ersten Halbjahr um weitere 4,2 Prozent. Auch die Importe vom VK gingen um 5,6 Prozent zurück. Das wahre Schadensausmaß dürfte noch deutlich größer sein und sich erst in einigen Monaten beziffern lassen, da viele Unternehmen in Großbritannien ihre Lager aufgefüllt haben, um Unterbrechungen der Lieferkette vorzubeugen.

Ein harter Brexit, der immer wahrscheinlicher wird, hätte katastrophale Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel. Die Unternehmen erwarten ab November 2019 immense Mehrkosten im Bereich Zoll und bei der Bewältigung von Bürokratie in den Bereichen Logistik, Transport, Datenschutz und Steuern.

Meine Damen und Herren,

gerade in der aktuellen weltpolitischen Situation brauchen wir ein starkes Europa. Die neue Kommission sowie das neue EU-Parlament müssen dringend liefern und als eine Einheit handeln.

Wir haben in diesem Zusammenhang hohe Erwartungen an Phil Hogan, der als Handelskommissar künftig dem Kabinett der neuen EU-Kommissionspräsidentin angehören soll, und verbinden das mit der Hoffnung, dass er das notwendige Fingerspitzengefühl haben wird, um die aktuellen Handelskonflikte der EU zu deeskalieren. Zudem müssen der Abschluss neuer, moderner Handelsabkommen und die Reform der WTO Priorität haben.

Zugleich muss Deutschland seine Alleingänge unterlassen, in denen der deutschen Wirtschaft gegenüber den europäischen Partnern Wettbewerbsnachteile aufgebürdet werden. Wir brauchen dringend einen Abbau unnötiger und lähmender Bürokratie. Die sogenannte A1-Bescheinigung ist dafür ein Paradebeispiel.

Unter diesem wachsenden Druck ist der deutsche Außenhandel dringend auf neue Impulse angewiesen. Ein wichtiges Signal wäre in diesem Zusammenhang die Ratifizierung von CETA. Das Abkommen wird schon seit zwei Jahren vorläufig angewandt und ist bereits ein großer Erfolg: Der bilaterale Güterhandel betrug 2018 mehr als 72 Milliarden Euro, das bedeutet einen Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zu den drei Vorjahren.

CETA ist einer der umfassendsten und ambitioniertesten Freihandelsverträge, den die EU bisher verhandelt hat. In Übereinstimmung mit den Regeln der WTO wird im Wesentlichen der gesamte Handel liberalisiert, unter Einbeziehung ehrgeiziger Nachhaltigkeitsziele. Wir appellieren daher an Union und SPD, ihren im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verpflichtungen endlich nachzukommen und die Ratifizierung jetzt zügig vorantreiben.

Auch das Assoziierungsabkommen der EU mit dem Mercosur-Staatenbund hat einen hohen Stellenwert für den deutschen Außenhandel. Nach 20 schwierigen Verhandlungsjahren ist es gelungen, sich auf ein modernes und ausgewogenes Abkommen mit den südamerikanischen Partnerländern zu einigen. Die EU ist die erste Region weltweit, der das gelungen ist. Ein Wirtschaftsraum mit über 260 Millionen Konsumenten bedeutet einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil für die fast 13.000 deutschen Unternehmen, die schon jetzt dorthin exportieren. Davon sind 72 Prozent kleine und mittlere Unternehmen, die besonders von der Öffnung eines der bisher am meisten abgeschotteten Märkte profitieren würden.

Meine Damen und Herren,

die wenigen Chancen, die sich uns derzeit bieten, dürfen nicht leichtfertig verspielt werden. Das zielt insbesondere auf die überzogene Kritik, mit der zurzeit versucht wird, das Mercosur-Abkommen zu diskreditieren. Der behauptete Zusammenhang zwischen einem Handelsabkommen, das frühestens in einigen Jahren angewandt werden kann, und den aktuellen Bränden im Amazonasgebiet, entbehrt jeglicher Substanz. Ohne das Assoziierungsabkommen wird kein einziger Baum weniger gerodet werden. Vielmehr wird der Handelsvertrag ein umfangreiches Nachhaltigkeitskapitel beinhalten, mit dem man über einen weiteren Hebel verfügen wird, um Länder wie Brasilien an internationale Abkommen wie das Pariser Klimaschutzabkommen und die ILO-Konventionen zu binden.

Die Aussicht auf das Handelsabkommen mit der EU war im Übrigen ein wesentlicher Beweggrund für Brasilien, überhaupt Teil des Pariser Klimaschutzabkommens zu werden und es bislang nicht zu verlassen.

Nutznießler eines Misserfolgs des Mercosur-Abkommens wäre vor allem China, das in der Vergangenheit seine Position in Brasilien sukzessive ausgebaut hat. Brasilien bezieht schon jetzt doppelt so viele Waren aus China wie aus der gesamten EU und erhält weit über doppelt so viele Güter aus Brasilien wie von dort in die EU exportiert werden.

Zu China heute nur so viel: Ähnlich sorgenvoll wie in Richtung USA, obwohl unsere Exporte dorthin im ersten Halbjahr um 4,3 Prozent gestiegen sind, schauen wir auch nach China, trotz eines Anstiegs um 4,3 Prozent. In dem einen Fall sind es beispiellose Drohungen und Strafzölle, im Falle Chinas die erzwungene Beteiligung heimischer Partner, das Absaugen von Know-how oder die künftige stärkere Überwachung ausländischer Firmen mittels Sozialpunkten, was uns Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Zurück zum Thema: Klimaschutz und freier Handel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Auf dem freien Handel basiert schließlich unser Wohlstand, der notwendig ist, um die Wirtschaft klimafreundlich umzubauen. Es wäre hochgradig kontraproduktiv, wenn aus Umweltschutzerwägungen der weltweit vernetzte Handel Schaden nehmen würde.

Wir warnen daher vor der Einführung eines sogenannten Klimazolls. Er bedeutet nicht nur einen immensen administrativen Aufwand, er birgt auch erhebliches handelspolitisches Konfliktpotential. Sollte die EU eine solche Maßnahme einführen, die Importprodukte verteuert, sind Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten zu erwarten. Entwicklungsländer würden sich besonders benachteiligt fühlen. Im Ergebnis würde der Freihandel zu Lasten der deutschen Wirtschaft weiter geschwächt werden.

Meine Damen und Herren,

für uns ist trotz aller Hiobsbotschaften das Glas immer halbvoll und nicht halbleer. Wir müssen aber auch realistischerweise sagen, dass die konjunkturelle Durststrecke wohl noch eine Weile anhalten wird. Umso wichtiger ist es in der jetzigen Situation, den Rahmen für unternehmerisches Handeln zu stärken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



**Sperrfrist: 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

**PRESSESTATEMENT**

von

**Dr. Holger Bingmann**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

**Außenhandel -  
wachsender Druck auf das Erfolgsmodell von außen und innen**  
**- Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels -**

**Berlin, 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Meine Damen und Herren,

reden wir nicht drum herum und kommen wir gleich zur Sache: Das ständige Foul-Spiel der US-Administration unter Präsident Trump hat die international ausgerichtete deutsche Wirtschaft kalt erwischt. Auf breiter Front verlieren Weltwirtschaft und Welthandel an Kraft. Der völlig unnötige und sinnlose Einstieg in eine weitere Eskalationsspirale nach dem WTO-Urteil im Streit um Airbus-Subventionen erst vor einigen Tagen ist einmal mehr ernüchternd und unterstreicht, dass mit einer baldigen Besserung nicht zu rechnen ist. Hinzu kommt innerhalb Europas insbesondere auch noch die lähmende Wirkung des sich endlos hinziehenden Brexits, der längerfristige unternehmerische Planungen unmöglich macht. Glücklicherweise gibt es neben diesen schlechten Nachrichten aber auch Positives zu berichten, darauf komme ich später zurück. Doch unterm Strich können wir mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden sein und es fällt die Bilanz im Außenhandel deutlich schlechter aus, als noch zu Jahresbeginn erwartet – oder gehofft.

Die Konsequenz daraus: Wir müssen wohl das laufende Jahr 2019 abschreiben und uns mit einer Schwarzen Null im Export zufriedengeben, wobei dies auch ein Mini-Wachstum von 0,5 Prozent heißen kann. Auch die Importe bleiben von der schwachen Exportentwicklung nicht unberührt und können nach unserer aktuellen Einschätzung im gleichen Zeitraum noch um zwei Prozent zulegen. Eine Besserung der Situation erwarten wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2020.

Meine Damen und Herren,

die derzeit grassierenden Handelskonflikte haben dazu geführt, dass die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Prognose für das Handelswachstum im laufenden Jahr 2019 mehr als halbiert hat: Das Weltwarenhandelsvolumen dürfte demzufolge nur noch um 1,2 Prozent steigen, statt um 2,6 Prozent, wie noch im April erwartet.

Die drohenden – legalen – Strafzölle der EU infolge der ebenfalls anstehenden WTO-Entscheidung zu den illegalen Boeing-Subventionen folgen zwar politischer Logik, machen aber in erster Linie das Leben gegenseitig unnötig schwer. Schließlich schadet das Land, das Zölle erhebt, sich in der Regel selber, am Ende zahlt der Konsument die Zeche. Zu befürchten ist auch, dass der handelspolitische

Konflikt mit den USA weiter eskaliert. Damit geraten nun weitere Lieferketten unter Druck, auch zum Schaden von zahlreichen US-Unternehmen.

Mit jeder dieser Maßnahmen wächst der grassierende Protektionismus weiter und wird der freie Zugang zu den Weltmärkten für deutsche Unternehmen immer weniger zur Selbstverständlichkeit. Alleine der Umfang der zwischen Oktober 2018 und Mai 2019 eingeführten handelsbeschränkenden Maßnahmen wird von der WTO auf 339,5 Mrd. US-Dollar geschätzt, nach 588,3 Mrd. US-Dollar im vorangegangenen Zeitraum – ein noch nie dagewesener Anstieg protektionistischer Maßnahmen!

Auch die scheinbar endlose Hängepartie um den Brexit wirft längst ihre Schatten voraus. Seit dem Referendum gibt es einen drastischen Rückgang im Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich. So sank der Export nach Großbritannien im ersten Halbjahr um weitere 4,2 Prozent. Auch die Importe vom VK gingen um 5,6 Prozent zurück. Das wahre Schadensausmaß dürfte noch deutlich größer sein und sich erst in einigen Monaten beziffern lassen, da viele Unternehmen in Großbritannien ihre Lager aufgefüllt haben, um Unterbrechungen der Lieferkette vorzubeugen.

Ein harter Brexit, der immer wahrscheinlicher wird, hätte katastrophale Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel. Die Unternehmen erwarten ab November 2019 immense Mehrkosten im Bereich Zoll und bei der Bewältigung von Bürokratie in den Bereichen Logistik, Transport, Datenschutz und Steuern.

Meine Damen und Herren,

gerade in der aktuellen weltpolitischen Situation brauchen wir ein starkes Europa. Die neue Kommission sowie das neue EU-Parlament müssen dringend liefern und als eine Einheit handeln.

Wir haben in diesem Zusammenhang hohe Erwartungen an Phil Hogan, der als Handelskommissar künftig dem Kabinett der neuen EU-Kommissionspräsidentin angehören soll, und verbinden das mit der Hoffnung, dass er das notwendige Fingerspitzengefühl haben wird, um die aktuellen Handelskonflikte der EU zu deeskalieren. Zudem müssen der Abschluss neuer, moderner Handelsabkommen und die Reform der WTO Priorität haben.

Zugleich muss Deutschland seine Alleingänge unterlassen, in denen der deutschen Wirtschaft gegenüber den europäischen Partnern Wettbewerbsnachteile aufgebürdet werden. Wir brauchen dringend einen Abbau unnötiger und lähmender Bürokratie. Die sogenannte A1-Bescheinigung ist dafür ein Paradebeispiel.

Unter diesem wachsenden Druck ist der deutsche Außenhandel dringend auf neue Impulse angewiesen. Ein wichtiges Signal wäre in diesem Zusammenhang die Ratifizierung von CETA. Das Abkommen wird schon seit zwei Jahren vorläufig angewandt und ist bereits ein großer Erfolg: Der bilaterale Güterhandel betrug 2018 mehr als 72 Milliarden Euro, das bedeutet einen Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zu den drei Vorjahren.

CETA ist einer der umfassendsten und ambitioniertesten Freihandelsverträge, den die EU bisher verhandelt hat. In Übereinstimmung mit den Regeln der WTO wird im Wesentlichen der gesamte Handel liberalisiert, unter Einbeziehung ehrgeiziger Nachhaltigkeitsziele. Wir appellieren daher an Union und SPD, ihren im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verpflichtungen endlich nachzukommen und die Ratifizierung jetzt zügig vorantreiben.

Auch das Assoziierungsabkommen der EU mit dem Mercosur-Staatenbund hat einen hohen Stellenwert für den deutschen Außenhandel. Nach 20 schwierigen Verhandlungsjahren ist es gelungen, sich auf ein modernes und ausgewogenes Abkommen mit den südamerikanischen Partnerländern zu einigen. Die EU ist die erste Region weltweit, der das gelungen ist. Ein Wirtschaftsraum mit über 260 Millionen Konsumenten bedeutet einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil für die fast 13.000 deutschen Unternehmen, die schon jetzt dorthin exportieren. Davon sind 72 Prozent kleine und mittlere Unternehmen, die besonders von der Öffnung eines der bisher am meisten abgeschotteten Märkte profitieren würden.

Meine Damen und Herren,

die wenigen Chancen, die sich uns derzeit bieten, dürfen nicht leichtfertig verspielt werden. Das zielt insbesondere auf die überzogene Kritik, mit der zurzeit versucht wird, das Mercosur-Abkommen zu diskreditieren. Der behauptete Zusammenhang zwischen einem Handelsabkommen, das frühestens in einigen Jahren angewandt werden kann, und den aktuellen Bränden im Amazonasgebiet, entbehrt jeglicher Substanz. Ohne das Assoziierungsabkommen wird kein einziger Baum weniger gerodet werden. Vielmehr wird der Handelsvertrag ein umfangreiches Nachhaltigkeitskapitel beinhalten, mit dem man über einen weiteren Hebel verfügen wird, um Länder wie Brasilien an internationale Abkommen wie das Pariser Klimaschutzabkommen und die ILO-Konventionen zu binden.

Die Aussicht auf das Handelsabkommen mit der EU war im Übrigen ein wesentlicher Beweggrund für Brasilien, überhaupt Teil des Pariser Klimaschutzabkommens zu werden und es bislang nicht zu verlassen.

Nutznieser eines Misserfolgs des Mercosur-Abkommens wäre vor allem China, das in der Vergangenheit seine Position in Brasilien sukzessive ausgebaut hat. Brasilien bezieht schon jetzt doppelt so viele Waren aus China wie aus der gesamten EU und erhält weit über doppelt so viele Güter aus Brasilien wie von dort in die EU exportiert werden.

Zu China heute nur so viel: Ähnlich sorgenvoll wie in Richtung USA, obwohl unsere Exporte dorthin im ersten Halbjahr um 4,3 Prozent gestiegen sind, schauen wir auch nach China, trotz eines Anstiegs um 4,3 Prozent. In dem einen Fall sind es beispiellose Drohungen und Strafzölle, im Falle Chinas die erzwungene Beteiligung heimischer Partner, das Absaugen von Know-how oder die künftige stärkere Überwachung ausländischer Firmen mittels Sozialpunkten, was uns Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Zurück zum Thema: Klimaschutz und freier Handel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Auf dem freien Handel basiert schließlich unser Wohlstand, der notwendig ist, um die Wirtschaft klimafreundlich umzubauen. Es wäre hochgradig kontraproduktiv, wenn aus Umweltschutzerwägungen der weltweit vernetzte Handel Schaden nehmen würde.

Wir warnen daher vor der Einführung eines sogenannten Klimazolls. Er bedeutet nicht nur einen immensen administrativen Aufwand, er birgt auch erhebliches handelspolitisches Konfliktpotential. Sollte die EU eine solche Maßnahme einführen, die Importprodukte verteuert, sind Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten zu erwarten. Entwicklungsländer würden sich besonders benachteiligt fühlen. Im Ergebnis würde der Freihandel zu Lasten der deutschen Wirtschaft weiter geschwächt werden.

Meine Damen und Herren,

für uns ist trotz aller Hiobsbotschaften das Glas immer halbvoll und nicht halbleer. Wir müssen aber auch realistischerweise sagen, dass die konjunkturelle Durststrecke wohl noch eine Weile anhalten wird. Umso wichtiger ist es in der jetzigen Situation, den Rahmen für unternehmerisches Handeln zu stärken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**Sperrfrist: 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

**PRESSESTATEMENT**

von

**Dr. Holger Bingmann**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

**Außenhandel -  
wachsender Druck auf das Erfolgsmodell von außen und innen**  
**- Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Außenhandels -**

**Berlin, 8. Oktober 2019, 10.30 Uhr**  
**Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz**  
**Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin**

Meine Damen und Herren,

reden wir nicht drum herum und kommen wir gleich zur Sache: Das ständige Foul-Spiel der US-Administration unter Präsident Trump hat die international ausgerichtete deutsche Wirtschaft kalt erwischt. Auf breiter Front verlieren Weltwirtschaft und Welthandel an Kraft. Der völlig unnötige und sinnlose Einstieg in eine weitere Eskalationsspirale nach dem WTO-Urteil im Streit um Airbus-Subventionen erst vor einigen Tagen ist einmal mehr ernüchternd und unterstreicht, dass mit einer baldigen Besserung nicht zu rechnen ist. Hinzu kommt innerhalb Europas insbesondere auch noch die lähmende Wirkung des sich endlos hinziehenden Brexits, der längerfristige unternehmerische Planungen unmöglich macht. Glücklicherweise gibt es neben diesen schlechten Nachrichten aber auch Positives zu berichten, darauf komme ich später zurück. Doch unterm Strich können wir mit der derzeitigen Situation nicht zufrieden sein und es fällt die Bilanz im Außenhandel deutlich schlechter aus, als noch zu Jahresbeginn erwartet – oder gehofft.

Die Konsequenz daraus: Wir müssen wohl das laufende Jahr 2019 abschreiben und uns mit einer Schwarzen Null im Export zufriedengeben, wobei dies auch ein Mini-Wachstum von 0,5 Prozent heißen kann. Auch die Importe bleiben von der schwachen Exportentwicklung nicht unberührt und können nach unserer aktuellen Einschätzung im gleichen Zeitraum noch um zwei Prozent zulegen. Eine Besserung der Situation erwarten wir frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2020.

Meine Damen und Herren,

die derzeit grassierenden Handelskonflikte haben dazu geführt, dass die Welthandelsorganisation (WTO) ihre Prognose für das Handelswachstum im laufenden Jahr 2019 mehr als halbiert hat: Das Weltwarenhandelsvolumen dürfte demzufolge nur noch um 1,2 Prozent steigen, statt um 2,6 Prozent, wie noch im April erwartet.

Die drohenden – legalen – Strafzölle der EU infolge der ebenfalls anstehenden WTO-Entscheidung zu den illegalen Boeing-Subventionen folgen zwar politischer Logik, machen aber in erster Linie das Leben gegenseitig unnötig schwer. Schließlich schadet das Land, das Zölle erhebt, sich in der Regel selber, am Ende zahlt der Konsument die Zeche. Zu befürchten ist auch, dass der handelspolitische

Konflikt mit den USA weiter eskaliert. Damit geraten nun weitere Lieferketten unter Druck, auch zum Schaden von zahlreichen US-Unternehmen.

Mit jeder dieser Maßnahmen wächst der grassierende Protektionismus weiter und wird der freie Zugang zu den Weltmärkten für deutsche Unternehmen immer weniger zur Selbstverständlichkeit. Alleine der Umfang der zwischen Oktober 2018 und Mai 2019 eingeführten handelsbeschränkenden Maßnahmen wird von der WTO auf 339,5 Mrd. US-Dollar geschätzt, nach 588,3 Mrd. US-Dollar im vorangegangenen Zeitraum – ein noch nie dagewesener Anstieg protektionistischer Maßnahmen!

Auch die scheinbar endlose Hängepartie um den Brexit wirft längst ihre Schatten voraus. Seit dem Referendum gibt es einen drastischen Rückgang im Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich. So sank der Export nach Großbritannien im ersten Halbjahr um weitere 4,2 Prozent. Auch die Importe vom VK gingen um 5,6 Prozent zurück. Das wahre Schadensausmaß dürfte noch deutlich größer sein und sich erst in einigen Monaten beziffern lassen, da viele Unternehmen in Großbritannien ihre Lager aufgefüllt haben, um Unterbrechungen der Lieferkette vorzubeugen.

Ein harter Brexit, der immer wahrscheinlicher wird, hätte katastrophale Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel. Die Unternehmen erwarten ab November 2019 immense Mehrkosten im Bereich Zoll und bei der Bewältigung von Bürokratie in den Bereichen Logistik, Transport, Datenschutz und Steuern.

Meine Damen und Herren,

gerade in der aktuellen weltpolitischen Situation brauchen wir ein starkes Europa. Die neue Kommission sowie das neue EU-Parlament müssen dringend liefern und als eine Einheit handeln.

Wir haben in diesem Zusammenhang hohe Erwartungen an Phil Hogan, der als Handelskommissar künftig dem Kabinett der neuen EU-Kommissionspräsidentin angehören soll, und verbinden das mit der Hoffnung, dass er das notwendige Fingerspitzengefühl haben wird, um die aktuellen Handelskonflikte der EU zu deeskalieren. Zudem müssen der Abschluss neuer, moderner Handelsabkommen und die Reform der WTO Priorität haben.

Zugleich muss Deutschland seine Alleingänge unterlassen, in denen der deutschen Wirtschaft gegenüber den europäischen Partnern Wettbewerbsnachteile aufgebürdet werden. Wir brauchen dringend einen Abbau unnötiger und lähmender Bürokratie. Die sogenannte A1-Bescheinigung ist dafür ein Paradebeispiel.



Unter diesem wachsenden Druck ist der deutsche Außenhandel dringend auf neue Impulse angewiesen. Ein wichtiges Signal wäre in diesem Zusammenhang die Ratifizierung von CETA. Das Abkommen wird schon seit zwei Jahren vorläufig angewandt und ist bereits ein großer Erfolg: Der bilaterale Güterhandel betrug 2018 mehr als 72 Milliarden Euro, das bedeutet einen Anstieg von 15 Prozent im Vergleich zu den drei Vorjahren.

CETA ist einer der umfassendsten und ambitioniertesten Freihandelsverträge, den die EU bisher verhandelt hat. In Übereinstimmung mit den Regeln der WTO wird im Wesentlichen der gesamte Handel liberalisiert, unter Einbeziehung ehrgeiziger Nachhaltigkeitsziele. Wir appellieren daher an Union und SPD, ihren im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verpflichtungen endlich nachzukommen und die Ratifizierung jetzt zügig vorantreiben.

Auch das Assoziierungsabkommen der EU mit dem Mercosur-Staatenbund hat einen hohen Stellenwert für den deutschen Außenhandel. Nach 20 schwierigen Verhandlungsjahren ist es gelungen, sich auf ein modernes und ausgewogenes Abkommen mit den südamerikanischen Partnerländern zu einigen. Die EU ist die erste Region weltweit, der das gelungen ist. Ein Wirtschaftsraum mit über 260 Millionen Konsumenten bedeutet einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil für die fast 13.000 deutschen Unternehmen, die schon jetzt dorthin exportieren. Davon sind 72 Prozent kleine und mittlere Unternehmen, die besonders von der Öffnung eines der bisher am meisten abgeschotteten Märkte profitieren würden.

Meine Damen und Herren,

die wenigen Chancen, die sich uns derzeit bieten, dürfen nicht leichtfertig verspielt werden. Das zielt insbesondere auf die überzogene Kritik, mit der zurzeit versucht wird, das Mercosur-Abkommen zu diskreditieren. Der behauptete Zusammenhang zwischen einem Handelsabkommen, das frühestens in einigen Jahren angewandt werden kann, und den aktuellen Bränden im Amazonasgebiet, entbehrt jeglicher Substanz. Ohne das Assoziierungsabkommen wird kein einziger Baum weniger gerodet werden. Vielmehr wird der Handelsvertrag ein umfangreiches Nachhaltigkeitskapitel beinhalten, mit dem man über einen weiteren Hebel verfügen wird, um Länder wie Brasilien an internationale Abkommen wie das Pariser Klimaschutzabkommen und die ILO-Konventionen zu binden.

Die Aussicht auf das Handelsabkommen mit der EU war im Übrigen ein wesentlicher Beweggrund für Brasilien, überhaupt Teil des Pariser Klimaschutzabkommens zu werden und es bislang nicht zu verlassen.

Nutznießler eines Misserfolgs des Mercosur-Abkommens wäre vor allem China, das in der Vergangenheit seine Position in Brasilien sukzessive ausgebaut hat. Brasilien bezieht schon jetzt doppelt so viele Waren aus China wie aus der gesamten EU und erhält weit über doppelt so viele Güter aus Brasilien wie von dort in die EU exportiert werden.

Zu China heute nur so viel: Ähnlich sorgenvoll wie in Richtung USA, obwohl unsere Exporte dorthin im ersten Halbjahr um 4,3 Prozent gestiegen sind, schauen wir auch nach China, trotz eines Anstiegs um 4,3 Prozent. In dem einen Fall sind es beispiellose Drohungen und Strafzölle, im Falle Chinas die erzwungene Beteiligung heimischer Partner, das Absaugen von Know-how oder die künftige stärkere Überwachung ausländischer Firmen mittels Sozialpunkten, was uns Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Zurück zum Thema: Klimaschutz und freier Handel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Auf dem freien Handel basiert schließlich unser Wohlstand, der notwendig ist, um die Wirtschaft klimafreundlich umzubauen. Es wäre hochgradig kontraproduktiv, wenn aus Umweltschutzerwägungen der weltweit vernetzte Handel Schaden nehmen würde.

Wir warnen daher vor der Einführung eines sogenannten Klimazolls. Er bedeutet nicht nur einen immensen administrativen Aufwand, er birgt auch erhebliches handelspolitisches Konfliktpotential. Sollte die EU eine solche Maßnahme einführen, die Importprodukte verteuert, sind Gegenmaßnahmen der betroffenen Staaten zu erwarten. Entwicklungsländer würden sich besonders benachteiligt fühlen. Im Ergebnis würde der Freihandel zu Lasten der deutschen Wirtschaft weiter geschwächt werden.

Meine Damen und Herren,

für uns ist trotz aller Hiobsbotschaften das Glas immer halbvoll und nicht halbleer. Wir müssen aber auch realistischerweise sagen, dass die konjunkturelle Durststrecke wohl noch eine Weile anhalten wird. Umso wichtiger ist es in der jetzigen Situation, den Rahmen für unternehmerisches Handeln zu stärken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!